

www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Trägerdienst Tel. 36 71 66 77



Proteste gegen die Rüstungsindustrie in Bremen Foto: Ingo Wagner/dpa

Von Paula Högermeyer

Das Bremer entwicklungs- politische Netzwerk (BEN) hat eine Unterschriftenkampagne gegen die Rüstungsproduktion des Landes Bremen organisiert: 600 Unterschriften wurden diesen Sommer gesammelt. Sie sollen am heutigen Freitag Ulrike Hiller (SPD), Staatsrätin für Europa- angelegenheiten und Entwick- lungszusammenarbeit, vor dem Rathaus übergeben werden.

Fregatten, Torpedos, logisti- sche Systeme oder Satelliten: Die fünf größten Rüstungsun- ternehmen in Bremen – Atlas, EADS, Rheinmetall, Lürssen und OHB – produzierten in den letz- ten Jahren im Durchschnitt Rüs- tungsgüter im Wert von 1,15 Mil- liarden Euro pro Jahr. Das sind mehr als sieben Prozent der ge- samten deutschen Rüstungspro- duktion.

Die städtische Wirtschaftsfor- derung wirbt laut BEN damit, „die produktivste Region Euro- pas in der Branche zu sein“. Die 4.000 Rüstungsarbeitsplätze in Bremen machen fünf Prozent al- ler Arbeitsplätze in der bundes- weiten Rüstungsindustrie aus. Und während deren Produktion im Bund 0,64 Prozent an der ge- samten Wirtschaftsleistung aus- macht, sind es in Bremen 4,8

Prozent. „Die Rüstungsdichte ist somit in Bremen siebenein- halb Mal höher als im Bundes- durchschnitt“, sagt Christopher Duis, Geschäftsführer des BEN.

Das BEN fordert mit seiner Unterschriftenaktion eine Rüs- tungskonversion, also die Um- stellung industrieller militäri- scher Produktion auf eine zivile Fertigung. Diese hat es in Bre- men bereits zwischen 1991 und 2000 gegeben und wurde mit nachlassendem Reformdruck wieder fallengelassen. Duis for- dert, dass sich Bremen an den globalen Nachhaltigkeitszielen der UN orientiert, die fordern, den Frieden und die Gerechtig- keit zu wahren. Daran müsse sich auch Bremen orientieren, sagt Duis.

Ulrike Hiller, die die gesam- melten Unterschriften entgeg- ennimmt, stimmt einer Rüs- tungskonversion zu. Sie wün- sche sich, sagt sie, in ganz Europa einen Strukturwandel der Unternehmen, weg von der Rüstungsproduktion hin zur Produktion von Technologien für zivile Zwecke.

Es sei wichtig zu überlegen, wofür die Technologien fernab von Rüstungsproduktion noch verwendet werden könnten, so Hiller. Sie spricht sich außerdem dafür aus, die begonnene Forde-

rung nach Transparenz des da- maligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel (SPD) unter an- derem auch bei der Verschif- fung von Rüstungsgütern über die Bremer Häfen fortzuführen.

Das erweist sich laut Ekke- hard Lentz vom Bremer Frie- densforum häufig als schwie- rig. Eine Vielzahl von Rüstungs- exporten könne statistisch nicht erfasst werden, da die Güter nicht unter das Gefahrgut- recht fielen, sagt er. Damit un-

Fünf Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschlands Rüstungsindustrie befinden sich in Bremen

terlägen sie nicht der Melde- pflicht beim Hafenam, weil von ihnen keine Explosionsgefahr ausgehe. Zu diesen Gütern zäh- len ungeladene Sturmgewehre oder Panzer, die ohne Munition verschifft werden.

Mit bundesweit 80.000 Ar- beitsplätzen in der Rüstungs- produktion sei Deutschland nicht auf Rüstung angewiesen,

argumentiert Lentz. „So lange die Nachfrage jedoch da ist und dies für die Bremer Unterneh- men sichere Aufträge bedeutet, wird eine Rüstungskonversion schwierig sein“, sagt er.

Die Linksfraktion im Bundes- tag fordert in einer parlamen- tarischen Anfrage vom Okto- ber dieses Jahres eine größere Transparenz und Aufklärung über Export von Kriegswaf- fen und sonstigen Rüstungs- gütern aus Bremen. „Wir for- dern einen Umdenkprozess“, so Birgit Menz, Bundestagsab- geordnete der linken. Mit parla- mentarischen Anfragen müsse zum einen eine größere Trans- parenz für bestehende Exporte von Rüstungsgütern geschaf- fen werden und zum anderen auf mögliche zivile Umnutzung der Technologien hingewiesen werden.

In Bremen korrelieren poli- tische Ideale und wirtschaftli- che Interessen. Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) promo- vierte zu Rüstungskonversion und war Kriegsdienstverwei- gerer. Auf Nachfrage der taz wollte er zur Rüstungspro- duktion in Bremen jedoch nicht Po- sition beziehen. Auch eine ent- sprechende Nachfrage an das Ressort für Wirtschaft, Arbeit und Häfen blieb unbeantwortet.

Bremen rüstet weiter auf

Das entwicklungspolitische Netzwerk macht mobil gegen Rüstungsproduktionen in Bremen. Fast fünf Prozent der Wirtschaftsleistung basieren hier auf der Rüstungsindustrie – das ist siebeneinhalb Mal mehr als der Bundesdurchschnitt

Das Kühne+Nagel-Wetter

Kühne+Nagel hat den Grundstein für das neue Firmengebäude an der Weser gelegt. Mit in der Grundsteinschatulle: ein aktueller *Weser-Kurier*. Für künftige Generationen aufschlussreicher wäre ja eine taz gewesen – aber es gibt ja auch noch das Mahnmal. Das überdauert auch Regen und 13 Grad

weltschmerz auf der hühnerleiter



nachrichten

„Gefährder“-Abschiebung

Aus Bremen nach Algerien abgeschoben wurden zwei 23- und 25-jährige Männer. Der jüngere sei laut einer Mit- teilung des Senats u. a. wegen bandenmäßigen Diebstahls und gefährlicher Körperver- letzung in Haft gekommen, der 25-jährige wegen un- erlaubten Aufenthalts und anderer Straftaten. Zudem wurde er als gefährlich ein- gestuft wegen Kontakten zu algerischen Islamisten. (taz)

Rückkehr in die Kunsthalle

Zwei seit dem Zweiten Welt- krieg vermisste Werke aus dem Kupferstichkabinett der Kunst- halle hat das Museum nun zu- rück: Eine Zeichnung von Lovis Corinth sowie eine Radierung von Adolph von Menzel konn- ten aus holländischem Privat- besitz per Finderlohn zurück- erworben werden. Beide Werke waren 1943 ins Schloss Karnzow in der Mark Brandenburg ausge- lagert worden, bei dessen Plün- derung sie verschwanden. (dpa)

Rivalen der Rennbahn

Dem Rennverein ist gekündigt, die Betreiber der Golfanlage werden für vier Millionen Euro herausgekauft, die Beiräte kooperieren – nur eine Bürgerinitiative stemmt sich noch gegen die Bebauung der Rennbahn

Von Karolina Meyer-Schiff

Die Zeiten schnaubender Gäule und fliegender Golfbälle sind auf dem Gelände der Galopprennbahn bald vorbei: Davon gehen nicht nur das Bau- und das Wirtschaftsressort aus, seit der Vorlage zur Bebauung des Geländes Anfang der Woche auch die Wirtschaftsdeputa- tion zugestimmt hat. Auch der Leiter des Ortsamtes Hemeln- gen, Jörn Hermening, rechnet nicht damit, dass sich an dieser Beschlusslage noch etwas än- dern lässt.

„Wir gucken jetzt, dass wir ein gutes Quartier hinbekommen“, sagte Hermening am Mittwo- chabend auf einer von Radio Bre- men initiierten Diskussionsver- anstaltung im Hotel Atlantic. Lediglich die Bürgerinitiative Rennbahngelände/Bremen Pro Galopprennbahn kündigt weiter harten Protest an: „Wir werden

hier nicht kampfflos aufgeben“, sagt ihr Sprecher Andreas Spon- biel. Derzeit ist eine Online-Peti- tion in der Mitzeichnungsfrist, das Fernziel ist ein Volksbegeh- ren, um die Galopprennbahn doch noch zu erhalten.

Es ist immer das gleiche Spiel: Bremen wächst, es gibt zu we- nig bezahlbaren Wohnraum. Da kommen Areale wie die 30 Hek- tar große Fläche auf der Stadt- teilgrenze zwischen der Vahr und Hemelingen gerade recht. Dass es die „grüne Lunge“ für jene AnwohnerInnen ist, die in

ihrer ohnehin stark verdichte- ten Nachbarschaft das Merce- des-Werk, mehrspurige Haupt- verkehrsstraßen mit starkem Zuliefererverkehr und hohen Feinstaubwerten haben – ge- schenkt. Ebenfalls geschenkt, dass das seit 2005 dort beste- hende Hotel Atlantic seine Gäste mit dem Versprechen auf Golf, Ruhe und Blick ins Grüne lockt.

Wenn hier ab 2020 ein neues Quartier mit rund 1.000 Wohn- einheiten entsteht, ist es sowohl mit der Ruhe vorbei als auch mit dem Blick ins Grüne.



Gibt nicht auf: die Bürgerinitiative Foto: Karolina Meyer-Schiff

Wie viel und was genau über- haupt gebaut werden soll, steht dabei noch nicht fest: Der Bau- grund, der unter anderem aus Ton und Torf besteht und des- sen Grundwasserstand nur an- derhalb Meter unter dem Ge- lände beträgt, ist nicht ganz unproblematisch. Die Anwo- hnerInnen befürchten zudem eine weit höhere Zahl als die jetzt im Raum stehenden 1.000 Wohnungen.

Für Ortsamtsleiter Herme- ning, früher Quartiersmanager in Tenever, steht fest: „Wir brau- chen eine Durchmischung, aber die kann man nicht künstlich erzeugen.“ Wichtig sei, dass es nicht nur Geschosswohnungs- bau gebe, sondern auch eine gemischte Eigentümerstruk- tur mit Einfamilienhäusern und Gärten. So bleiben von der einstigen „grünen Lunge“ des Stadtteils zumindest noch ein- ige grüne Lungenbläschen.

Anzeige